

Stellungnahme zur Diskussion um die weitere Publikationsstrategie von Arch +

Die Auseinandersetzungen um die weitere Publikationsstrategie von ARCH+ wurden bisher nur im begrenzten Rahmen des Herausgeberkollektivs geführt (vergl. ARCH+ 20, 27 und 28). Wir meinen, daß es notwendig ist, daß auch von außerhalb des Herausgeberkreises tätigen Kolleginnen und Kollegen Stellung genommen werden sollte. Uns selbst scheint der Zeitpunkt jetzt gekommen, wurde doch durch die letzten drei Nummern bereits deutlich, wie die derzeitige Mehrheits-Position ihre Strategie in die Praxis umzusetzen gedenkt. Außer uns sollten auch andere praktisch politisch im Bereich Architektur/Planung tätige Kollegen oder Kollegengruppen ihre Ansprüche an eine Fachzeitschrift, die sich als 'links' versteht und aus gibt, formulieren.

Die Anforderungen an eine politische Fachzeitschrift zum gegenwärtigen Zeitpunkt

Unserer Meinung nach ist die derzeitige Situation der lohnabhängigen Architekten und Planer gekennzeichnet durch Massenarbeitslosigkeit und Arbeitshetze in den Büros. Durch diese Situation wird der Widerspruch zwischen den Architektenunternehmern und den angestellten Architekten und Planern deutlicher als je zuvor. Der familiäre Schleier, das gemeinsame Boot, in dem angeblich alle sitzen, das viel beschworene liberale Klima der Architektur- und Planungsbüros erweist sich angesichts der zunehmend repressiven Maßnahmen, zu denen Chefs in der gegenwärtigen Krise greifen, als Illusion.

Die Situation der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ist neben gesteigerten Anforderungen an die Arbeitsleistung bestimmt durch zunehmende Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote. Die Lage der Studenten und anderen Auszubildenden im Bereich Architektur/Planung verschärft sich weiter. Die wenigen noch verbliebenen demokratischen Studien- und Prüfungsordnungen werden im Sinne des Hochschulrahmengesetzes geändert, das lange Zeit heiß umkämpfte fortschrittliche Projektstudium soll bald ganz abgeschafft werden. Konzentration auf die 'wesentlichen' Inhalte des Studiums, die konstruktiven und technischen Fächer, Leistungsdruck mit totaler Konkurrenz, das versucht man mit derlei 'Reformen' zu erreichen.

Die zunehmende Repression in allen Bereichen soll Vereinzlung und damit Resignation und Einschüchterung bewirken. Wo trotz Repression die Verschärfung der Widersprüche sich in Kampfmaßnahmen der Kolleginnen und Kollegen niederschlägt, ist dies auf die Aufhebung der Vereinzlung, auf Solidarität zurückzuführen. Aber gerade dort, wo bereits Kämpfe stattgefunden haben und stattfinden, zeigt sich, daß diese ihre Grenzen in ihrer situationalen und lokalen Beschränktheit finden. Meist isoliert in einem Büro, einer Stadtverwaltung, an einer Universität geführt, fehlt den beteiligten Kolleginnen und Kollegen der Überblick über jeweils vergleichbare Situationen und Kämpfe in anderen Städten, fehlen Kenntnisse über die anderen Bereiche, über die Erfolge und die Führung bereits geführter Kämpfe.

Um die Vereinzlung zu beseitigen, um Kämpfe erfolgreich führen zu können, müssen die lohnabhängigen Architekten und Planer, Studenten etc. Informationen und Erfahrungen

austauschen, um aus ihnen zu lernen. Den Informationsaustausch zu organisieren hat bisher im Bereich Architektur/Planung keine Fachzeitschrift übernommen. Unternehmerzeitungen wie das 'Architektenblatt', 'Der Architekt' etc. werden sich wohlweislich davor hüten.

Sicher kommt neben den genannten Aufgaben auch der Berichterstattung und Diskussion über Arbeitsinhalte sowie deren theoretische und analytische Durchdringung im Rahmen einer politischen Fachzeitschrift eine Bedeutung zu. Man muß hier jedoch zwei Gefahren sehen und bekämpfen. Zum einen ist der gesellschaftspolitische Beitrag von Architekten und Planern nicht vorrangig im Arbeitsinhalt zu sehen. Der Architekt ist nicht der frei von den gegebenen sozio- und politökonomischen Bedingungen des Kapitalismus gestaltende Erbauer der Gesellschaft, weder als künstlerischer oder technischer Diktator noch als Sozialplaner. Man muß sich davor hüten, in unserer inhaltlichen beruflichen Arbeit unseren Hauptbeitrag zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse zu sehen. Revolutionäre Berufspraxis ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Illusion.

Damit ist auch die Gefahr der Verselbständigung theoretischer Arbeiten angesprochen. Das wiederum heißt nicht, daß theoretische Arbeiten überflüssig wären. Im Gegenteil. Theorie ist da zur Erklärung und Ableitung von Praxis und von Handlungsmöglichkeiten.

Daraus folgt:

- Es muß ein politischer Bezug des jeweiligen Artikels vorhanden sein. Dieser Bezug muß vermittelt werden, um eine Diskussion auf breiterer Ebene und um eine Einordnung des Problems zu ermöglichen.
- 'Theoretische' analytische Artikel müssen den Bezug zu konkreten Handlungsmöglichkeiten herstellen, und dürfen nicht im Stadium der abstrakten Analyse stehenbleiben.
- Konkrete Fallstudien müssen eine Einordnung des Stellenwertes der jeweiligen Problematik und deren theoretischen Bezug herstellen. Nur so können Handlungsperspektiven über den jeweiligen lokalen situationalen Zusammenhang hinaus gewonnen werden.

Einschätzung der bisherigen Publikationspraxis, auch nach der „Tendenzwende“

Vergleicht man nun diese Anforderungen mit der Entwicklung in der ARCH+ so ist festzustellen: Einige, allerdings nur wenige Artikel lassen den unter a) geforderten Bezug vermissen. So z.B. die Diskussion um Funktionalismus und Trivialarchitektur, die in abgewandelter Form in Heft 28 zum Themenschwerpunkt des ganzen Heftes erklärt wurde. Wir meinen, daß es für fortschrittliche Architekten und Planer wichtigeres zu leisten gibt, als die Veranstaltung von Symposien über Funktionalismus und die Abfassung der x-ten Kritik der Kritik des Funktionalismus. Hier müssen fortschrittliche, wissenschaftlich arbeitende Architekten und Planer auch bereit sein, nach dem politischen Bezug ihrer Arbeit zu fragen und ihre derzeitigen Arbeitsschwerpunkte jeweils radikal in Frage zu stellen.

Zu den unter b) aufgeführten Artikeln ohne Angabe von Handlungsperspektiven, von denen

es in den letzten Ausgaben auch nur wenige gab, ist z.B. der Artikel 'Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung-Grundrente, Zins, und Mietwohnungsbau' in ARCH+ 26, der ohnehin bereits in Buchform vorlag, zu nennen.

Stark dominierend aber waren gerade in den letzten Heften die als 'konkret' angepriesenen Fallstudien. Hier fehlte der unter c) geforderte Bezug zum theoretischen Kontext, eine Einschätzung der allgemeinen politökonomischen Determinanten, und die entsprechende Ableitung von Handlungsperspektiven über den lokalen Kontext hinaus.

So wird in einem einzigartigen chaotischen Durcheinander mit unterhaltsamen Jahrmarktcharakter von Mobilheimen aus den USA, von institutionalisierter Anwaltsplanung in Holland, von Sanierungs- und Stadtentwicklungsprojekten zur Vermarktung einer nepalesischen (!) Stadt und zuguterletzt auch noch von Bürger- und Mieterinitiativen aus der BRD berichtet. Gerade am letzten Beispiel wird deutlich, daß die an sich zu begrüßende Vorstellung von Initiativen und deren Publikationen völlig unbrauchbar wird, wenn eine Einschätzung von deren Wirkungsmöglichkeiten usw. fehlt. Auf der anderen Seite wird an der Überbetonung dieses Themas sowohl in den letzten drei Ausgaben von Arch + wie auch in der Debatte der Publikationsstrategie deutlich, wie sehr den Mitgliedern der Redaktion, nämlich überwiegend im wissenschaftlichen 'theoretischen' Bereich tätigen Kollegen, angesichts ihres beschränkten Praxisbezuges an einer Legitimation für ihre Betätigung gelegen ist. Neben der mangelnden Einordnung der Beiträge tun der Mini-Bauwelt-Stil der letzten Ausgabe sowie der Wust verschiedenartiger und sinnlosester Abbildungen den Rest, um den Leser vollends zu verwirren.

Notwendige Veränderungen an und bei ARCH+

Entgegen der bisherigen Publikationspraxis (wir haben nur einige Beispiele aus den letzten ARCH+ Ausgaben herausgegriffen, zahllose weitere ließen sich anschließen; eine weitere konkrete Auseinandersetzung mit einzelnen Artikeln wäre nötig und sinnvoll, kann aber an dieser Stelle nicht geleistet werden, kommt es unserer Meinung nach darauf an, daß angesichts der scharfen politischen und ökonomischen Angriffe auf die Lohnabhängigen, also auch auf die Architekten und Planer, der Widerstand breit organisiert wird. Das erfordert Information und Auseinandersetzung mit der Berufspraxis. Das heißt: Arbeitsbedingungen, Stellenmarkt Arbeitslosigkeit und alle weiteren Bedingungen müssen erklärt und eingeschätzt werden, es muß berichtet werden über die Situation in den Büros (Arbeitskämpfe), über den Stand der Tarifauseinandersetzungen usw. Allerdings darf es aber weder in der aktuellen Berichterstattung noch in den Beiträgen zu den Arbeitsinhalten einen Alleinvertretungsanspruch einzelner Kollegen und Kollegen-Gruppen geben. Jeder, der aus der Sicht der Lohnabhängigen etwas zur Klärung und zur Veränderung der Situation beizutragen hat, sollte zu Wort kommen können. Damit soll kein Supermarktcharakter angestrebt werden ('für jeden etwas'). Vielmehr glauben

wir, daß sich in der Diskussion um einzelne Beiträge die richtige Einschätzung und daraus resultierend die richtige Handlungsperspektive ableiten läßt.

Unserer Meinung nach sollte daher jede Ausgabe von ARCH+ in drei mehr oder weniger gleiche Teile aufgeteilt werden. Und zwar in

- Beiträge zur gegenwärtigen Situation, aktuelle Informationen zu Arbeitsbedingungen usw;
- Beiträge zu den Arbeitsinhalten, weiterführende Artikel zur theoretischen Durchdringung von gegebenen Ereignissen und Zusammenhängen;
- Diskussionsbeiträge betreffend Artikel in früheren Ausgaben.

Um darüberhinaus die Zeitung für alle lohnabhängigen Architekten und Planer benutzbar und relevant zu machen, sind zwei weitere Punkte änderungsbedürftig:

- Informationen und Erfahrungsberichte müssen aktuell sein, um für andere zu Kampfmiteln zu werden. Deshalb ist häufigere, mindestens monatliche Erscheinungsweise der Zeitschrift zu fordern.
- Niedrigerer Bezugspreis, d.h. auch einfachere Aufmachung, um die Zeitung für alle Interessierten erschwinglich zu machen.

Ein weiterer Punkt: Wenn wir oben davon sprachen, daß es keinen Alleinvertretungsanspruch einzelner geben dürfte, so bezieht sich das auch darauf, daß von Seiten der Redaktion keine Bevormundung und keine Reglementierung möglich sein darf. Ein Beispiel dafür, daß eine solche Reglementierung in der Vergangenheit statt-

gefunden hat: Den Verfassern des Artikels zur Architektenarbeitslosigkeit in ARCH+ 30 wurde von Seiten der Redaktion mehrfach angetragen, doch einen Teil ihrer Untersuchung wegen Platzmangels zu streichen. Es war dies der Teil, wo versucht wurde, die Architektenarbeitslosigkeit in den Rahmen der kapitalistischen Krise zu stellen. Die Verfasser zogen jedoch eine Gesamtkürzung vor; der 'Krisenteil' schrumpfte auf 110 Zeilen. Diese 110 Zeilen waren noch in der Korrekturfahne vorhanden. Beim Erscheinen von ARCH+ mußten die Verfasser feststellen, daß — ohne Rücksprache !! — diese 110 Zeilen ersatzlos von der Redaktion gestrichen wurden. Diese Maßnahme ist umso bemerkenswerter, wenn man die anderen Beiträge des Heftes studiert. So finden sich als angebliche Illustration eines Artikels mindestens 11 absolut lächerliche Bilder — darstellend eine Aktion mit Fallernhäusern zur Aufwertung von Straßenräumen, eine Augenweide für jeden Modelleisenbahnfreund. — Allein bei Weglassung von 4 dieser ... naja ... hätte dieser inhaltlich wichtige Teil aufgenommen werden können. Die Bilder flogen jedoch nicht heraus, war doch der verantwortliche Redakteur dieser ARCH+ Ausgabe Mitautor der Bildergeschichte.

Aber nicht allein aus Kontrollgründen halten wir eine Erweiterung und/oder Umstrukturierung der Redaktion für notwendig. Damit möglichst viele Bereiche der Architektur und Planung repräsentiert sind, schlagen wir vor, die Redaktion um Mitglieder anderer Hochschulen, Universitäten und Fachhochschulen, aber vor-

allem auch durch Kolleginnen und Kollegen aus Büros und den anderen Planungsinstitutionen zu erweitern bzw. umzusetzen.

Wir glauben, daß nur eine politische Fachzeitschrift in dieser Konzeption gegenwärtig in der Lage ist, dem lohnabhängigen Architekten und Planer in seinem Kampf eine Hilfe zu geben, daß nur eine solche Zeitschrift eine Perspektive weisen kann, einen Beitrag leisten kann zur Vereinheitlichung der Kämpfe. Wir fordern auch andere Kollegen und Gruppen auf, zur weiteren Publikationsstrategie Stellung zu beziehen, und Kontakt mit den unterzeichnenden Gruppen aufzunehmen.

Arbeitsgruppe Hamburger Architekten und Planer
 Prof. Jörn Janssen, Dortmund
 Fachschaft Architektur an der HfBK Hamburg,
 Abt. Architektur
 Gruppe arbeitsloser Architekten West-Berlin
 Kontaktadresse: Arbeitsgruppe Hamburger
 Architekten und Planer
 2 Hamburg 20, Lutterodstr. 35

Uns erreichte nach Redaktionsschluß ein wütendes „PS“ aus Hamburg zum Cover von Heft 31:
 „Wenn wir Euren Titel sehen, kommen wir nicht umhin, mit tiefem Befremden festzustellen, daß Arch + nun endgültig zur Lehrbauspieldewiese degeneriert ist!“

Roland Günter/Rolf Hasse

Handbuch für Bürgerinitiativen

Argumente, Berichte, Erfahrungen



VVA

Roland Günter/Rolf Hasse Handbuch für Bürgerinitiativen

Argumente, Berichte, Erfahrungen
 250 Seiten; Paperback; DM 12,-

Über den Text:

Roland Günter und Rolf Hasse haben in diesem Buch die in langjähriger Mitarbeit und Unterstützung von Bürgerinitiativen gesammelten Erfahrungen, Argumente und Informationen systematisch ausgewertet und zusammengefaßt. Entstanden ist ein praxisnahes Handbuch, mit dem in Bürgerinitiativen gearbeitet und gegenüber den politischen Kontrahenten argumentiert werden kann.

Wie gründet man eine Bürgerinitiative, welche rechtlichen Probleme treten auf? Mit welchen Argumenten und Leerformeln muß man von Seiten der Kommunalpolitiker rechnen und was sagt man dagegen? Wie macht man Zwischenrufe?

Das Buch enthält darüber hinaus wichtige Fakten: Geschichte der Stadtsanierung, Mietrecht, Städtebauförderungsgesetz (was ist ein Flächennutzungsplan? etc.). Kurz zusammengefaßt und leicht verständlich werden die ökonomischen und bodenrechtlichen Rahmenbedingungen der Stadtsanierung erläutert.

Ein Standardwerk mit solidem Gegenwissen (mit erläuternden Karikaturen und Fotos illustriert) für Bürgerinitiativen, kommunalpolitische Gruppen, Gewerkschafter, Sozialarbeiter sowie für Studenten und Dozenten der Sozialwissenschaften und Architektur.

KKW



Fibel für Bürgerinitiativen

VVA

KKW-Fibel für Bürgerinitiativen

Herausgegeben von einer Physikergruppe aus Darmstadt; ca. 160 Seiten (mit zahlreichen Abbildungen); Paperback; DM 12,-

Über den Text:

Was sind Kernkraftwerke und was kann man dagegen tun?

Überall in der BRD, wo Kernkraftwerke geplant werden und im Bau sind, entstehen Bürgerinitiativen. Trotz der Resonanz, die diese Bewegung findet, mangelt es häufig an Informationen, einleuchtenden Argumenten und solidem Gegenwissen über Funktionsweise von KKW's und ökonomische Hintergründe der geplanten Bauvorhaben.

Die Fibel für Bürgerinitiativen enthält in verständlicher Form aufbereitete Informationen über die wichtigsten naturwissen-

schaftlichen und technischen Prozesse von KKW's, über Umwelteinflüsse und über die ökonomischen Hintergründe. Sie liefert Gegenargumente, die aus der Erfahrung von bereits bestehenden und erfolgreichen Initiativen gewonnen sind. Karikaturen, Fotos, Liedertexte zu und über Aktionen aus der KKW-Initiativen-Bewegung illustrieren den Band und geben zusätzliches Material an die Hand.

Ein Lesebuch zum Handeln!

Aus dem Inhalt:

- Reaktortypen und Funktionsweisen
- Gefahren und Probleme der KKW's
- Atomüllbeseitigung/Wiederaufbereitungsanlagen
- Schnelle Brüter
- Friedliche Nutzung der Kernindustrie?
- Kapitalverflechtungen im Energiebereich
- Macht der Bürgerinitiativen